



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 12. Tagung dem Landtag schriftlich zu berichten

- Ob bei der Erarbeitung der Vorschläge der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ und der Beschlussfassung des Kabinetts vom 24.01.2006 der Grundsatz des Gender Mainstreaming im Sinne des Kabinettsbeschlusses aus dem Jahr 2002 beachtet wurde sowie
- im Falle einer positiven Antwort dieser Frage darzulegen, zu welchen Ergebnissen diese Prüfung in den einzelnen Ministerien und in der Projektgruppe geführt hat;
- im Falle einer negativen Antwort dieser Frage darzulegen, was die Landesregierung bewogen hat, auf die Beachtung des Untersuchungsprinzips, welches auf die Vereinbarungen im Amsterdamer Vertrag zurückgeht, zu verzichten.
- Welche Auswirkungen die einzelnen Vorschläge aus dem Umdruck 16/550 auf das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein im Sinne des Gender-Mainstreaming haben.

Anne Lütkes

und Fraktion